

Janke, Arthur

Article — Digitized Version

Vollbeschäftigung, eine Frage der rationalen Gestaltung? Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Janke, Arthur (1983) : Vollbeschäftigung, eine Frage der rationalen Gestaltung? Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 3, pp. 133-138

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135779>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vollbeschäftigung – eine Frage der rationalen Gestaltung?

Arthur Janke, Essen

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Probleme und speziell die Zuspitzung der Lage auf dem Arbeitsmarkt verdeutlichen das Dilemma der Wirtschaftswissenschaft im allgemeinen und der Politikberatung im besonderen. Die Vertreter der Nachfragetheorie und die der Angebotstheorie sind in der Frage nach dem richtigen Weg aus der Krise zerstritten¹. Ein Ausweg aus dieser Situation könnte in einem Konzept gefunden werden, das die Kerngedanken beider Positionen aufgreift und miteinander verknüpft, gleichzeitig aber ihre jeweiligen Schwächen überwindet. Wie könnte solch ein Konzept aussehen?

Bei einer bloßen Nachfrageerhöhung durch den Staat, wie sie von der Nachfragetheorie gefordert wird, drohen inflationäre Impulse. Diese Gefahr ist insbesondere dann akut, wenn die Löhne als Reaktion auf eine verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften steigen und dadurch via Lohnkosten die Kosteninflation anheizen. Insoweit würde der gewollte reale Anstoß in einem lediglich nominalen Effekt verpuffen, wovon übrigens auch keynesianische Modelle ausgehen².

Eine große Schwäche der meisten Angebotstheorien ist demgegenüber die mangelhafte Berücksichtigung oder gar völlige Vernachlässigung des Kaufkraftaspekts des Lohnes. Eine Nominallohnsenkung verringert zwar tendenziell die Kostenbelastung der Unternehmen, vermindert aber auch gleichzeitig deren Umsatzchancen, wodurch die realen Absatzmöglichkeiten

bestenfalls konstant bleiben. Die Unternehmer werden daher ihre Produktion nicht ausweiten, es sei denn, sie unterliegen einer Nachfrageillusion. Nur aus einer einzelwirtschaftlichen Perspektive heraus kann daher einem Arbeitnehmer geraten werden, durch eine Reduzierung seines Lohnes wieder Beschäftigung zu finden³. Der freiwillige Lohnverzicht einzelner oder eine allgemeine Lohnsenkung auf der Ebene von Tarifverhandlungen kann jedoch aus gesamtwirtschaftlicher Sicht nicht als ein probates Mittel zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung empfohlen werden⁴.

Notwendige Bedingungen

In der gegenwärtigen Situation versprechen sich die Unternehmen durch zusätzliche Produktion, Investition und letztlich mehr Beschäftigung offensichtlich keine Verbesserung ihrer Gewinn- bzw. Rentabilitätssituation. Möglicherweise verhindert auch ihre finanzielle Lage ein aktiveres Verhalten. Dieser globalen Charakterisierung dürften sicherlich die meisten Vertreter der Nachfrage- und der Angebotstheorie zustimmen. Wenn diese Einschätzung aber zutrifft, dann liegt in einer Verbesserung der Gewinnchancen der Unternehmen die entscheidende Weichenstellung für mehr Beschäftigung. Diese allgemeine Bedingung enthält mehrere Unterbedingungen:

Es müssen Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Relation zwischen Erlösen und Kosten vorliegen, um zusätzliche Produktion und Investition anzuregen.

¹ Zu einer ausführlichen Diskussion und Abgrenzung dieser beiden Richtungen vgl. W. F a s s i n g : Nachfrage- oder Angebotspolitik. Kritische Anmerkungen zu einigen Argumenten der Angebotstheoretiker, in: Konjunkturpolitik, 28. Jg. (1982), H. 6, S. 343-363; H. F l a s b e c k : Was ist Angebotspolitik?, in: Konjunkturpolitik, 28. Jg. (1982), H. 2/3, S. 75-138; J. R o t h : Mehr Beschäftigung durch Reallohnzurückhaltung. Zum Streit zwischen kosten- und nachfrageorientierter Lohnpolitik. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 85, März 1982; Jahresgutachten 1982/83 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden 1982, S. 162 ff.

² Zur Problematik der theoretischen keynesianischen Position vgl. V. H a l l w i r t h : Die Beschäftigung in Abhängigkeit von Preisen und Löhnen. Eine kritische Analyse rivalisierender Beschäftigungstheorien, Göttingen 1982, S. 63 ff. und S. 119 ff.

Arthur Janke, 32, Dipl.-Volkswirt, ist in einem Forschungsinstitut tätig.

- Die Absorptionfähigkeit des Marktes ist zu gewährleisten.
- Die Finanzierung darf weder zu Lasten anderer Ausgaben erfolgen noch inflatorische Tendenzen begünstigen.

Diese Unterbedingungen, deren Aufzählung keineswegs als vollständig anzusehen ist, können als konstituierende Elemente einer Krisenüberwindung bezeichnet werden. Zudem ist von einer wirtschaftspolitischen Konzeption zu fordern, daß sie auch politisch durchsetzbar ist. Diese Voraussetzungen kann vermutlich nur ein Konzept erfüllen, das eine Synthese der wichtigsten Elemente aus der Nachfrage- und der Angebotstheorie beinhaltet.

Darstellung des Konzepts

Bei der ersten Teilbedingung ist die Doppelnatur des Lohnes zu berücksichtigen: Die Größe, von der das verfügbare Einkommen und damit die Kaufkraft der Arbeitnehmer entscheidend abhängt, ist ihr Nettoeinkommen. Dieses Nettoeinkommen muß daher pro Kopf steigen, damit die Unternehmen mit höheren Umsätzen bzw. Erlösen rechnen können. Das Interesse der Unternehmen ist ferner auf die Löhne als Kostenfaktor ausgerichtet, also auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, die mit den Personalkosten eng korreliert sind. Soll diese Komponente zu einer Erhöhung der Gewinnerwartungen beitragen, müssen die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmer zumindest relativ sinken.

Erhebliche Schritte in Richtung Vollbeschäftigung können getan werden, wenn sich Staat und Gewerkschaften auf folgende Punkte einigen würden:

- Die Bundesregierung garantiert erstens Nettolohnsteigerungen von beispielsweise 5 % je Arbeitnehmer, um die von den Arbeitseinkommen abhängige Kaufkraft nicht zu schwächen, sondern zu stärken. Dies kann durch Einkommensteuersenkungen bewirkt werden, die die Steuerquote deutlich reduzieren.

³ Wenn dem Kaufkraftaspekt also der gleiche Stellenwert zugebilligt wird wie dem Lohnkostenargument, dann kann auch makroökonomisch nicht richtig sein, was früher klassische Ökonomen von Adam Smith bis Karl Marx formulierten und wovon auch heute noch die meisten Neoklassiker sinngemäß ausgehen: Die Ware wird zu einem natürlichen Preis verkauft. Die Arbeit ist eine Ware wie jede andere. Der Lohn ist ein Preis wie jeder andere. Die Nachfrage nach Arbeit ist wie die nach allen Dingen eine Frage des Preises. Vgl. hierzu A. Smith: *Entstehung und Verteilung des Sozialprodukts*. Buch 1 aus „Der Wohlstand der Nationen“, München 1974, insb. S. 48 ff., neu aus dem Englischen übertragen von H. C. Reckenwald nach der 5. Aufl. (letzter Band): *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. London (1776) 1789; K. Marx: *Lohn, Preis und Profit*, in: *Marx-Engels-Werke*, Bd. 16, Ost-Berlin 1975, S. 101-152, insb. S. 120 ff.; H. Giersch: *Ausbruch aus der Stagnation*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 37 vom 13. 2. 1982, S. 13.

- Die Gewerkschaften verpflichten sich zweitens zu einer Verlängerung der Tarifverträge um ein Jahr, stimmen also einer „Bruttolohnpause“ zu⁵. Darüber hinaus muß jedoch zu erkennen sein, daß sie nicht versuchen werden, diesen nur scheinbaren Verzicht in den darauf folgenden Jahren wieder einzufordern.

Konstituierende Elemente

Sowohl vom angebotstheoretischen als auch vom nachfrageorientierten Ansatz wird, was die erste Unterbedingung betrifft, nur jeweils einer Komponente Rechnung getragen, wobei gleichzeitig die andere Komponente in einem unerwünschten Sinne beeinflußt wird. Im Gegensatz dazu wird vom hier vorgelegten Konzept die erste Unterbedingung erfüllt.

Auch der zweiten Teilbedingung wird von den herkömmlichen Theorieansätzen allenfalls unzulänglich Rechnung getragen. Entweder nimmt die Nachfrage zumindest teilweise nur nominal zu (Nachfrage-Ansatz) oder die Kaufkraft wird unmittelbar reduziert (Angebots-Ansatz). Das vorgeschlagene Konzept erweitert dagegen zweifellos die Absorptionfähigkeit des Marktes. Was seine Kompatibilität mit den nachfrage- und angebotstheoretischen Ansätzen betrifft, so weist sowohl eine Analyse anhand üblicher keynesianischer als auch neoklassischer Modelle auf ein höheres Wachstum bei höherem Beschäftigungsstand hin⁶.

Gegenwärtig belastet ein Vollzeit-Arbeitsloser direkt oder indirekt die öffentlichen Haushalte einschließlich ihrer Hilfsfisci mit jährlich ca. 24 700 DM⁷. Bei knapp 2,5 Mill. Arbeitslosen, die für 1983 im Jahresdurchschnitt erwartet werden, bedeutet dies eine Belastung von 50

⁴ In diesem typischen neoklassischen Sinn argumentiert z. B. H. Giersch: *Konjunktur- und Wachstumspolitik in der offenen Wirtschaft*. Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. 2. Wiesbaden 1977, S. 254. Eine ausführliche Kritik wesentlicher neoklassischer Annahmen, Gedankengänge und daraus folgender konkreter Maßnahmen enthalten die Stellungnahmen zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1977/78 v. E. Kowalski: *Deus Pigovianus ex Ökonomachina?* oder Gleicher Rang für die Nachfrage. Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates, in: *Konjunkturpolitik*, 24. Jg. (1978), Nr. 1, S. 1-15; A. Schmid: *Einige Anmerkungen zum Zusammenhang von Lohnpolitik und Beschäftigung*, in: *Konjunkturpolitik*, 24. Jg. (1978), Nr. 3, S. 70-188; W. Fassing: *Nachfrage- oder Angebotspolitik?*, a.a.O., S. 343-363.

⁵ Um das Modell in dieser kurzen Abhandlung nicht unnötig zu komplizieren, wurde davon abgesehen, daß es selbstverständlich zu geringfügigen Diskrepanzen zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung kommen kann. Auch führt die Überlappung der Tarifverträge zu Problemen bei der Abgrenzung des Zeitraums, in dem die „Bruttolohnpause“ stattfinden soll. Schließlich kommt es noch zu Lohnsteigerungen aufgrund von Tarifverträgen, die direkte oder indirekte Lohnsteigerungen in künftigen Perioden vorsehen.

⁶ Vgl. z. B. R. Rettig, D. Voggenreiter: *Makroökonomische Theorie*, 3. Aufl., Düsseldorf 1980, S. 178 ff. Im übrigen ist dieses Konzept auch unter Berücksichtigung der relativen Preise effizient.

⁷ Vgl. zur Diskussion dieser These o. V.: *Arbeitslosigkeit*. Kostet sie 48 Milliarden?, in: *Arbeit und Sozialpolitik* 5/1982, S. 179 f.

bis 60 Mrd. DM. Die kräftige Erhöhung der Staatsverschuldung zur Deckung des Einkommensteuerrückgangs in Höhe von ca. 30 Mrd. bis 35 Mrd. DM wird sich daher zu einem großen Teil selbst finanzieren⁸.

Die realen Ausgaben des Staates dürfen nicht gekürzt werden, damit der Kaufkrafteffekt, der aus den Nettoeinkommenserhöhungen der privaten Haushalte resultiert, nicht durch einen Nachfragerückgang des öffentlichen Sektors kompensiert wird. Durch eine Reduzierung von Staatsausgaben und/oder der geplanten Haushaltsdefizite werden nämlich diejenigen, die durch die Staatstätigkeit direkt oder indirekt noch beschäftigt sind, zunächst einmal zu „Angestellten“ der Bundesanstalt für Arbeit „umfunktioniert“.

Inflationfreie Finanzierung

Unter der Annahme, daß die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit ohne die Maßnahmen des vorgeschlagenen Konzepts um mindestens 3,5 % gestiegen wären, brauchen die Unternehmen in Höhe der nun über 30 Mrd. DM niedrigeren Lohnkosten keine Kredite nachzufragen. Der zusätzlichen Kreditnachfrage durch den Staat wird ein um die Höhe der relativen Lohnkostensenkung zusätzlich gewonnener Liquiditätsspielraum der Unternehmen und dadurch ein in dieser Höhe verringerter Kreditbedarf gegenüberstehen, d. h. es findet kein Crowding-out statt. Denn die Kombination aus relativer Lohnkostensenkung und Staatsverschuldung wirkt wohl auch im ungünstigsten Fall zinsniveauneu-

tral, wenn einkalkuliert wird, daß sich ein Teil des zusätzlichen Staatsdefizits selbst finanzieren wird.

Unter der Voraussetzung, daß die Inflation zu weniger als der Hälfte nachfragebedingt ist, im übrigen aber von den Lohnkosten abhängt, wird die Inflationsrate zurückgehen. Viele Unternehmen kalkulieren teilweise oder ganz ihre Preise nach dem Vollkostenprinzip. Hinzu kommt die während eines Aufschwungs zunehmende Kapazitätsauslastung, die den Fixkostenanteil an den gesamten Stückkosten absinken läßt⁹. Auch von dieser Seite her wird der inflatorische Prozeß abgeschwächt. Dadurch wächst der Spielraum für eine offensive Geldpolitik der Bundesbank, der nominale und auch der reale Zinssatz kann sinken.

Reaktion der Gewerkschaften

Was die Durchsetzbarkeit des vorgeschlagenen Konzepts betrifft, so ist zunächst einmal daran zu erinnern,

⁸ Vgl. zur Problematik und Scheinproblematik der Staatsverschuldung W.A.S. K o c h, E. L a n g : Crowding-out und staatliches debt management, in: WSI-Mitteilungen 1/1981, S. 50-57; R. P o h l : Staatsdefizite, Kreditmärkte und Investitionen, in: DIW-Vierteljahreshette 4/1981, S. 273-298; Th. T h o r m ä h l e n : Ist die Staatsverschuldung eine Zeitmaschine?, in: Konjunkturpolitik, 26. Jg. (1980), Nr. 2/3, S. 77-94. Was den Artikel 115 GG betrifft, so ging es seinen Urhebern vermutlich weniger um staatliche Finanzierungstechniken als vielmehr um vorbeugende Maßnahmen gegen vom Staat ausgelöste Inflationstendenzen. Der Artikel wäre in diesem Sinne zu verändern.

⁹ Diese Annahme, die später noch zu modifizieren sein wird, dürfte bei unterausgelasteten Kapazitäten wohl realistisch sein. Eine solche Entwicklung wurde jeweils in der zweiten Hälfte der Jahre 1967 und 1975 sowie in den Jahren 1968 und 1976 beobachtet.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Wolf-Dieter Schmidberger

FISKALPOLITIK IN KLEINEN OFFENEN VOLKSWIRTSCHAFTEN

– Eine Strom-Bestandsanalyse –

Der Verfasser analysiert die Wirkungsweise der Fiskalpolitik in einem Strom-Bestands-Modell einer kleinen offenen Volkswirtschaft bei Unterbeschäftigung für den Fall, daß Staatsbudgetdefizite entweder durch Geldschöpfung oder durch Staatsschuldtitel finanziert werden. Die Analyse nimmt er getrennt für flexible und feste Wechselkursregime bei jeweils vollkommener und unvollkommener Kapitalmobilität vor. Bei unvollkommener Kapitalmobilität variiert er den Grad der Substituierbarkeit inländischer Wertpapiere durch ausländische. Im Zentrum der Arbeit steht die mittelfristige Anpassungsdynamik des ökonomischen Systems, die durch die Finanzierung der Staatsbudget- und Handelsbilanzsalden ausgelöst wird.

Großoktav, 201 Seiten, 1983, Preis brosch. DM 46,-

ISBN 3-87895-228-7

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H – H A M B U R G

daß alle angebotsorientierten Konzepte wie auch die meisten keynesianischen Vorschläge einen Rückgang der Reallöhne voraussetzen¹⁰. Demgegenüber kommt das vorgeschlagene Konzept der Kaufkraftsicherung, der gegenwärtig wichtigsten Forderung der Gewerkschaften bei Tarifverhandlungen, entgegen. Eine Ablehnung dieses Vorschlags wäre daher um so weniger verständlich, als sich die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer nach ihren eigenen Bekundungen auch der Gesamtwirtschaft verpflichtet fühlen. Die Gewerkschaften können sich solch einem Vollbeschäftigungs-Stabilitätspakt wohl auch kaum entziehen, da ihnen sonst auch von den Arbeitnehmern eine eindeutige Verantwortung für die hohe Arbeitslosigkeit zugewiesen würde¹¹.

Der Prozeß der Krisenüberwindung

Das vorgeschlagene Konzept setzt unmittelbar an den Konsumgütern an, während Programme, die direkt oder indirekt auf die Forcierung privater Investitionen zielen, an Gütern ansetzen, die nur über eine Umwegproduktion der Bedürfnisbefriedigung dienen. Ihre Eigenschaft, Güter zu sein, ist also von den Konsumgütern abgeleitet; sie sind Güter nur insofern und insoweit, als sie zur Herstellung von Konsumgütern geeignet sind. Zusätzliche Investitionen setzen daher voraus, daß die Investitionsgüter letztlich zu Konsumgütern werden und als solche auch abgesetzt werden können¹². Investitionsanreize erhöhen daher zwar die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, garantieren aber keineswegs Absatzmöglichkeiten auf allen Ebenen bis hin zum Konsumenten. Eine hinreichende Bedingung hierfür bietet das vorgeschlagene Konzept im Gegensatz zu Investitionsanreizen insofern, als mit einer Ausdehnung der Konsumgüternachfrage gleichzeitig neue Nachfragestrukturen vorgezeichnet werden. Auf alle Fälle kann es nicht falsch sein, bei der Zielvorgabe des Wirtschaftens anzusetzen, denn nicht der Backofen ist das Ziel der Wirtschaft, sondern das Brot.

Voraussetzung dafür, daß ein Prozeß in Gang gesetzt wird, der zu kräftigem Wachstum und zu Vollbeschäftigung führt, ist lediglich ein Handeln der Wirtschaftssubjekte, das nicht zu sogenannten „inversen“ Reaktionen führt. Die einzelnen Haushalte werden das zusätzliche Nettoeinkommen entsprechend ihrer unterschiedlichen Motivations- und Präferenzstruktur ganz, teilweise oder gar nicht für zusätzliche Konsumausgaben verwenden. Die gesamtwirtschaftliche marginale Konsumquote wird daher notwendigerweise positiv sein, wenn sie

auch um die marginale Importquote reduziert werden muß, von der ja für die binnenwirtschaftliche Aktivität unmittelbar keine Impulse zu erwarten sind. Soweit zusätzlich gespart wird, wird das Kreditangebot ceteris paribus erhöht, wodurch das Niveau der Kreditzinsen tendenziell sinkt, so daß auch dieses Verhalten der Haushalte einen günstigen Impuls auslöst.

Die einzelnen Unternehmer werden ihre Produktion, Investition und Beschäftigung gemäß ihrer jeweiligen unternehmerischen Zielfunktion und entsprechend ihren Erwartungen gestalten. Unmittelbar angesprochen werden von den Maßnahmen des Konzepts die Hersteller von Konsumgütern. Sofern nicht alle Unternehmer dieses Wirtschaftsbereichs auf eine erhöhte Nachfrage bei gleichzeitig sinkenden Kosten anormal reagieren, wird die zusätzliche Nachfrage nach Wohnungen, Kleidern, Videorecordern usw. auch zu einer höheren Produktion und damit zu einer höheren Auslastung der Kapazitäten und der Arbeitskräfte führen. Einige wenige Unternehmen sind sicherlich auch jetzt in der Krise ausgelastet. Sofern auch sie bei der „Zuteilung der Nachfrage“ bedacht werden, werden sie zu Erweiterungsinvestitionen ermuntert, zumal die Rentabilitätsaussichten durch das günstigere Kostenniveau gestiegen sein werden. Diese Tendenz wird im Laufe der Zeit mit steigender Auslastung der Kapazitäten zunehmen und zu einer erhöhten Auslastung der Investitionsgüterindustrien führen. Das Niveau der ökonomischen Aktivität wird sich also insgesamt erhöhen.

Phillips-Kurven

Die Sackgasse, in die sowohl die keynesianische als auch die neoklassische Theorie geraten ist, wird auch anhand der aus den beiden Ansätzen abgeleiteten Phillips-Kurven offenkundig. Der ursprüngliche, keynesianisch geprägte Verlauf der Phillips-Kurve behauptet, eine gleichzeitige Reduzierung von Nominallöhnen bzw. Inflationsraten einerseits und Arbeitslosigkeit andererseits sei zum Scheitern verurteilt. Eine Annäherung an

¹⁰ Vgl. V. Hallwirth: Die Beschäftigung in Abhängigkeit von Preisen und Löhnen, a.a.O., S. 180 ff.; J. Tobin: Inflation and Unemployment, in: The American Economic Review, Vol. 62, 1972, S. 1 ff.

¹¹ Das vorgeschlagene Konzept wirft auch nicht diejenigen ordnungspolitischen Probleme auf, wie die von C. Chr. von Weizsäcker: Signal der Vernunft, in: Wirtschaftswoche, 46/1982, S. 101 ff. unterbreiteten Vorschläge, die von A. Boss: Gravierende Vorbehalte, in: Wirtschaftswoche, 7/1983, S. 60 kritisiert wurden. Dies gilt insofern, als die Preis(Lohn)bildung auf dem Arbeitsmarkt bestenfalls rudimentär derjenigen entspricht, die von der Theorie bei funktionsfähigen Märkten erwartet wird. So weisen die Lohnsteigerungsraten eine absolute Streuung um den Mittelwert der Branchen von nur 2,5 Prozentpunkten auf, was die gleichförmige, recht undifferenzierte Zunahme der Löhne widerspiegelt. Vgl. A. Janke: Lohnnivellierung, Lohndifferenzierung und Produktivität, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jg. 32 (1981), S. 55. Im übrigen kann eine hohe und lang anhaltende Arbeitslosigkeit Reaktionen auslösen, die die marktwirtschaftliche Ordnung eher gefährden als selbst partiell systemwidrige Maßnahmen, die jedoch wirksam sind.

¹² Vgl. dazu beispielsweise E. Carell: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 13. Aufl., Heidelberg 1968, S. 22.

Preisniveaustabilität oder Vollbeschäftigung könne jeweils nur auf Kosten des anderen Zieles erreicht werden. Entsprechend der neoklassischen Phillips-Kurve ist solch eine Wahlmöglichkeit ausgeschlossen, der Beschäftigungsstand hängt ausschließlich von der Höhe der Reallöhne ab¹³. Selbst die keynesianische Phillips-Kurve bietet für 1982 alles andere als ein schmackhaftes „menue of choice“ an (vgl. Schaubild 1).

In beiden Fällen würde jedoch die Bereitschaft der Arbeitskräfte weiterhelfen, bei gleichem Lohn mehr Arbeit oder bei einem geringeren Lohn die gleiche Menge an Arbeit anzubieten. Die keynesianische Phillips-Kurve würde sich nach unten verschieben, wodurch die notwendige Bedingung für einen günstigeren Trade-off erfüllt würde. Für die neoklassische Phillips-Kurve bedeutet eine Lohnsenkung eine hinreichende Bedingung für eine Verschiebung nach links; diese Wanderung drückt dann einen unmittelbaren Rückgang der Arbeitslosenquote aus.

Das vorgeschlagene Konzept erfüllt nun die notwendige Bedingung für eine Verlagerung der keynesianischen Phillips-Kurve nach unten und die hinreichende Bedingung für eine Verschiebung der neoklassischen Phillips-Kurve nach links. Im ersten Schritt wird durch die nachfrageorientierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Form von Steuersenkungen kurzfristig der Punkt B auf der keynesianischen Phillips-Kurve erreicht (vgl. Schaubild 2). Werden nun gleichzeitig die Bruttoeinkommen als Folge dieser Maßnahme freiwillig reduziert, wird die keynesianische Phillips-Kurve nach unten und die neoklassische Phillips-Kurve nach links verlagert. Durch eine im Vergleich zu den Nettoeinkommenssteigerungen stärkere Verringerung der Bruttoeinkommenszuwächse wird die keynesianische Kurve so weit nach unten gesenkt, daß die veränderte Situation jetzt durch den Punkt C beschrieben wird. Die Arbeitslosenquote ist also bei niedrigerer Inflationsrate zurückgegangen.

Schaubild 1
Schematischer Verlauf von keynesianischer und neoklassischer Phillips-Kurve im Jahr 1982

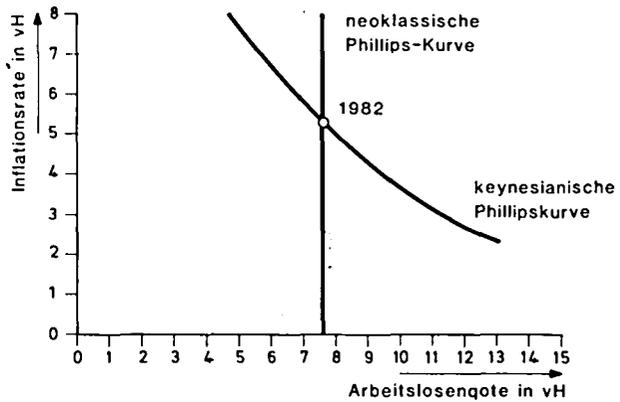
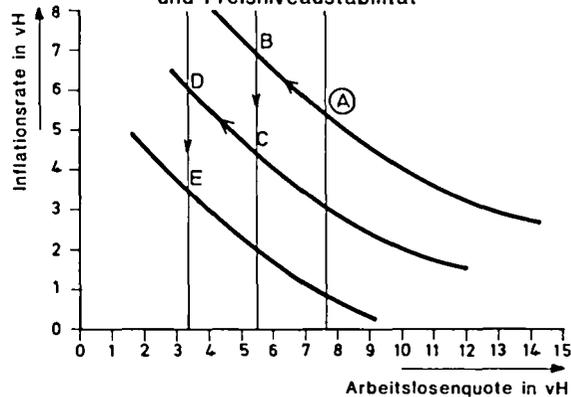


Schaubild 2
Die Verlagerung des Phillips-Zusammenhangs in Richtung Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität



Durch weitere Maßnahmen kann der Punkt D und anschließend der Punkt E erreicht werden. Der Prozeß kann so lange fortgesetzt werden, bis schließlich Vollbeschäftigung bei Preisniveaustabilität erreicht ist. Voraussetzung ist jedoch, daß die lohnabhängigen Cost-push-Impulse für mindestens die Hälfte des gesamtwirtschaftlichen Inflationsniveaus verantwortlich sind¹⁴. Um den Demand-pull-Effekten entgegenwirken zu können, die mit zunehmender Kapazitätsauslastung wachsen, müssen die Bruttoeinkommenszuwächse allerdings überproportional abnehmen.

¹⁴ Je höher der Cost-push-Anteil an der Inflation ist, desto günstiger wirkt sich das vorgeschlagene Konzept auf die relative Verteilungsposition der Arbeitnehmer aus. Natürlich könnte durch eine noch stärkere Reduzierung der Bruttoeinkommen auch bei dominierendem Demand-pull-Anteil die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate gesenkt werden; das würde allerdings eine erhebliche Umverteilung zugunsten der Unternehmerrgewinne zur Folge haben.

¹³ Die neoklassische Phillips-Kurve unterscheidet sich von der ursprünglichen, keynesianischen dadurch, daß der von Friedman und Phelps entwickelte Zusammenhang Erwartungen über die zukünftige Preisentwicklung zugrunde legt. Bei adaptiven Erwartungen aber erfolgt die Anpassung der Löhne an die Preise ohne Verzögerung, sofern die Nachfrageverhältnisse richtig beurteilt werden. Bei dieser Erklärung ist von vornherein kein stabiler Trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit gegeben. Der Trade-off wird von neoklassischer Seite nur unter kurzfristigem Aspekt oder bei ständig steigender Inflationsrate anerkannt; nur dann sei bei gleichbleibendem Reallohn der Beschäftigungsstand anzuhoben; dieser Beschäftigungseffekt entstehe aus dem Anteil der Inflation, der nicht antizipiert wurde. Daher ist eine langfristige Abweichung der Arbeitslosenrate von der natürlichen Rate nach Friedman ausgeschlossen. Vgl. zur Problematik der Phillips-Kurve u. a. P. A. Samuelson, R. M. Solow: Anticyclical Aspects of Anti-Inflation Policy, in: The American Economic Review, Vol. 50, 1960, S. 185 ff.; M. Friedman: The Role of Monetary Policy, in: The American Economic Review, Vol. 58, 1968, S. 8 ff.; D. Duenhaag u. a.: Geldtheorie und Geldpolitik, 2. Aufl., Köln 1977, S. 239 ff.; V. Hallwirth: Die Beschäftigung in Abhängigkeit von Preisen und Löhnen, a.a.O., S. 152.

Schaubild 3

Der Einfluß der nominalen Einkommensentwicklung auf die Arbeitslosenquote

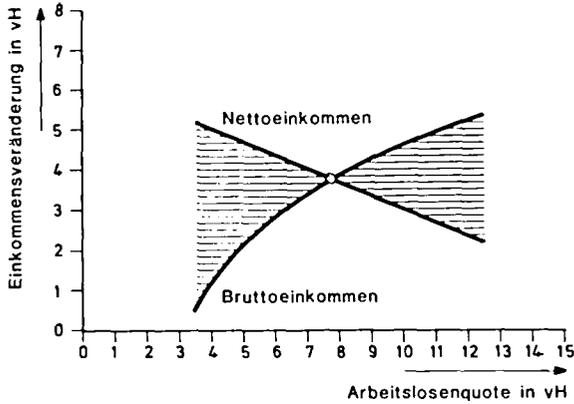


Schaubild 4

Der Zusammenhang von Einkommensdifferenzen und Arbeitslosenquote als Problem der rationalen Gestaltung

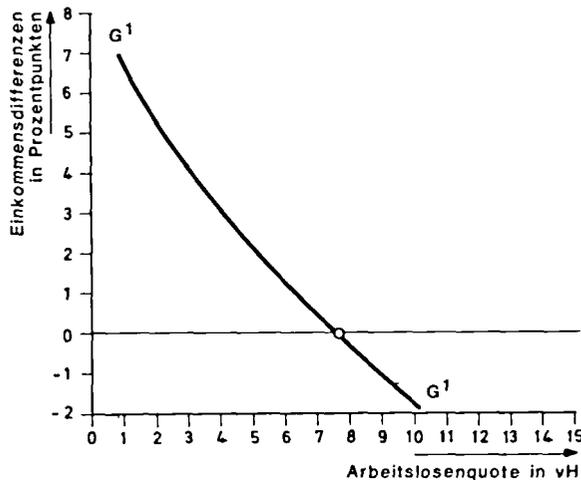
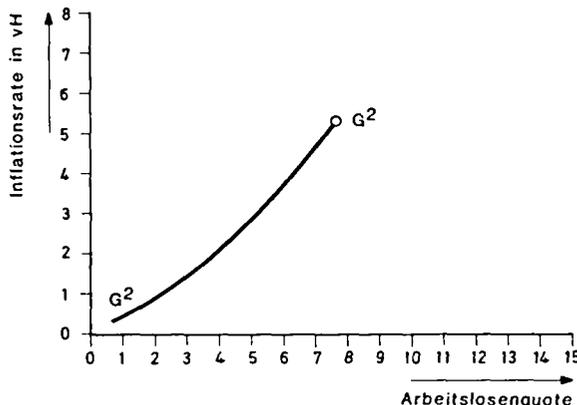


Schaubild 5

Der Zusammenhang von Inflationsrate und Arbeitslosenquote als Problem der rationalen Gestaltung



Im Jahre 1982 nahmen bei einer Arbeitslosenquote von 7,6 % die Nettoeinkommen pro Kopf um 3,2 %, die Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer jedoch um 4,4 % zu. Die Differenz zwischen beiden Größen betrug also -1,2 Prozentpunkte. Um den Wirtschaftssubjekten die Anpassung an die neuen Daten zu erleichtern, sollten die Maßnahmen des vorgeschlagenen Konzepts eventuell am arithmetischen Mittel der Netto- und Bruttoeinkommenssteigerungen des Jahres 1982 ansetzen (vgl. Schaubild 3). Je höher dann in der Folgezeit der Nettoeinkommenszuwachs über dem Bruttoeinkommenszuwachs liegen wird, desto stärker bzw. schneller wird die Arbeitslosigkeit abgebaut. Das Schaubild 3 läßt gleichzeitig erkennen, daß bei einer Nettoeinkommenssteigerung, die unterhalb des Bruttoeinkommenszuwachses liegt, die Arbeitslosigkeit ceteris paribus ansteigen würde. Den direkten Zusammenhang zwischen der Einkommensdifferenz und der Arbeitslosenquote veranschaulicht Schaubild 4.

Die Lage und der Verlauf dieser Kurve erinnern nur noch rein zufällig an die ursprüngliche keynesianische Phillips-Kurve. Die in Schaubild 4 abgebildete Funktion G_1 drückt jetzt nicht mehr eine Wahlmöglichkeit zwischen zwei Übeln aus, sondern stellt die Beziehung zwischen alternativen Differenzen von Einkommensgrößen und der Arbeitslosenquote in einer konkreten wirtschaftlichen Situation dar. Sie geht von der Fähigkeit und dem Willen der gesellschaftlichen Kräfte bzw. der staatlichen Institutionen zu rationalen Entscheidungen aus¹⁵, die die Grundlage einer rationalen Vereinbarung und damit einer rationalen Gestaltung des Wirtschaftsprozesses sind. Gleichzeitig bietet das vorgeschlagene Konzept unter den dargestellten Bedingungen die Chance, die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote gemeinsam zu reduzieren. Diese Gestaltungsmöglichkeiten werden durch die Kurve G_2 in Schaubild 5 veranschaulicht.

Empirisch ist das Konzept bislang nicht nachprüfbar. Auch konnten nicht alle Annahmen, die diesem Konzept zugrunde liegen, diskutiert werden. Eine Analyse einiger ökonomischer Modelle gibt jedoch deutliche Hinweise darauf, daß dieses Konzept die erwarteten Wirkungen zeitigen wird¹⁶.

¹⁵ Die Annahme rationaler Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte bedeutet, daß alle Individuen durch ihre Entscheidungen ihren Nutzen maximieren wollen. Vgl. z. B. V. Hallwirth: Die Beschäftigung in Abhängigkeit von Preisen und Löhnen, a.a.O., S. 127. Entsprechend den Annahmen des vorgeschlagenen Konzepts können die Wirtschaftssubjekte ein Nutzenmaximum nur durch eine gemeinsame Strategie erreichen.

¹⁶ Vgl. zum RWI-Modell R. Rau: Konjunkturpolitische Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit auf dem ökonomischen Prüfstand, in: Mitteilungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Jg. 29 (1978), H. 2, S. 109. Auch die ökonomischen Modelle des DIW und der Deutschen Bundesbank dürften die vorgeschlagene Strategie als wirksam ausweisen.